

Claudia Hämmerling, tierschutzpolitische Sprecherin, informiert:

Europa ist der Motor für mehr Tierschutz

Wir protestieren bei der EU-Kommission gegen die fehlerhafte Umsetzung der EU-Tierversuchs-Richtlinie zum Schaden von Tieren und Wirtschaft in Deutschland!

Liebe Tierschützerinnen und Tierschützer,

statt die EU-Tierversuchs-Richtlinie im Rahmen der Tierschutznovelle festzuschreiben, hat Deutschland sie unterlaufen und hält die von der EU geforderten Minimalstandards nicht ein. Damit verstößt das aktuelle Tierschutzgesetz gegen EU-Bestimmungen, schadet den Tieren und bremst den wissenschaftlichen Fortschritt in der Forschung an Ersatzmethoden aus. Das Ungleichgewicht zwischen Tierversuchsforschung und der Forschung an Ersatzmethoden wird nicht nur festgeschrieben sondern sogar verstärkt.

Deshalb haben Michael Cramer, Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament, und ich eine Beschwerde an den zuständigen EU-Kommissar Tonio Borg gerichtet, die Sie hier nachlesen können <http://www.claudia-haemmerling.de/2014/ob-tierversuche.pdf>

Wir haben unser Vorgehen in einem Pressegespräch am 14.05.2014 öffentlich begründet.

Der erste Vorsitzende der Deutschen juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht Dr. Christoph Maisack hat die in unserem Schreiben dargestellten juristischen Aspekte auf den Punkt gebracht und Dr. Wolf-Dieter Hirsch ist als Chirurg und Chefarzt beim Krankenhaus Grimma unser Kronzeuge dafür, dass Tierversuche auf dem Gebiet der Weiterbildung schon heute absolut überflüssig und ersetzbar sind. Dennoch sieht das Deutsche Tierschutzgesetz EU-rechtswidrig in diesem Bereich nicht einmal eine Genehmigung der Behörden vor. Es gibt auch keine ethischen Abwägungsgründe mehr in der Tierversuchsforschung oder eine eigenständige Bewertung über den Nutzen eines Versuchs durch die Genehmigungsbehörde. Die wissenschaftliche Begründung durch den Antrag stellenden Forscher reicht aus. Inzwischen bestätigte das Oberverwaltungsgericht auf der Grundlage des neuen Tierschutzgesetzes die Bremer Affenversuche. Das hat neue Maßstäbe gesetzt. Tierversuche werden jetzt wohl kaum noch abgelehnt werden. Die Tierversuchskommissionen verkommen zu Feigenblättern. Das ist ein Rückschritt gegenüber dem alten Tierschutzgesetz und verletzt die EU-Bestimmungen. Wir erwarten, dass die Bundesgesetzgebung auf-

grund von Protesten der TierschützerInnen und unseres Schreibens durch die EU aufgefordert wird, diese Passagen zu revidieren.

Trotz stiefmütterlicher Behandlung ist die Forschung an Ersatzmethoden weit vorangeschritten. Es hat sich herausgestellt, dass die Methoden auf der Basis menschlicher Organbausteine genauer und preiswerter sind als Tierversuchsmethoden. Auf der Basis dieser Forschungsergebnisse werden schneller Mittel und Methoden entwickelt werden können, die der menschlichen Gesundheit unmittelbar zugute kommen. Leider gibt es zur Förderung dieser zielführenden Forschung auf der Basis von Ersatzmethoden zu Tierversuchen nicht einmal eine Förderstruktur. Es stehen kaum Ressourcen an den Hochschulen zur Verfügung. Entsprechende Studienkurse müssen die Studierenden selbst bezahlen. Doktorväter sind Mangelware. Bundesweit stehen lediglich eine und eine halbe Professur für Ersatzmethoden zur Verfügung und planmäßige Geldmittel gibt es gar nicht. Bis heute finanziert sich dieser erfolgversprechende Forschungszweig auf der Basis einzelner Forschungspreise oder gelegentlicher Sonderprogramme. Das ist anachronistisch, zumal Wissenschaftlern, die am Tier experimentieren wollen, der roten Teppich ausgelegt wird: Für sie gibt es unzählige Lehrränge und Angebote zur Promotion an den Hochschulen. Die Finanzierung ist klar geregelt.

Offenbar haben die Regierenden von Bund und Land immer noch nicht begriffen, dass gerade die Wirtschaft ein großes Interesse an Ersatzmethoden zu Tierversuchen hat. Sie glauben immer noch dass es reicht, wenn der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller die Finanzierung von Tierschutzpreisen übernimmt und überlassen die staatlichen Forschungsmilliarden der Tierversuchsforschung. In den USA wurde jüngst ein Förderprogramm in Höhe von 140 Mio. US-\$ zur gezielten Förderung von Ersatzmethoden geschaffen. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland erweisen mit ihrer einseitigen Förderpolitik nicht nur dem Tierschutz sondern auch der Wirtschaft einen Bärendienst.

Hier bestätigt der Berliner Senat, dass ihn das Thema nicht interessiert: <http://www.claudia-haemmerling.de/2014/s17-13641.pdf>

Wenn Sie unsere PolitikerInnen aus dem Tiefschlaf wecken wollen, ist jetzt vor der Europa-Wahl ein guter Zeitpunkt. Schreiben Sie den VertreterInnen der Großen Koalition in Bund und Land.

Europa ist der Motor für mehr Tierschutz – auch und gerade in Deutschland. Nutzen wir ihn!